

Das Wesen des Wachstums
Vortrag anlässlich der Konferenz
„Rohstoffe erfolgreich für die Zukunft sichern –
effizient Material und Rohstoffe nutzen“

Brauchen wir Wirtschaftswachstum? Immer mehr Menschen neigen heute dazu, diese Frage mit einem energischen Nein zu beantworten. Sie sehen im Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) eine Art Selbstzerstörung am Werk: Wachstum verschlingt Rohstoffe, verschmutzt die Umwelt, verändert das Klima, verursacht Finanzkrisen und sorgt für soziale Ungerechtigkeit. Und bei alledem macht materieller Wohlstand, das Ergebnis des Wachstums, die Menschen nicht unbedingt zufriedener, wie jüngste Ergebnisse der Glücksforschung zeigen. Also: Schluss mit dem Wachstumswahn, weg von der BIP-Besessenheit, zurück zu Nachhaltigkeit und Stabilität.

Der Ruf ist verständlich. Ist er auch sachgerecht? Um dies zu beurteilen, hilft es, eine etwas altmodische Frage voranzustellen: Was ist eigentlich das Wesen des Wachstums? Die volkswirtschaftliche Wachstumstheorie gibt darauf eine klare Antwort: Jenseits der reinen Zunahme des Einsatzes von Arbeit ist das Wachstum der Wirtschaft letztlich nichts anderes als Wachstum des Wissens. Der Grund liegt auf der Hand: Nur wenn neues Wissen am Markt entsteht, veraltet ein vorhandener Bestand an Kapital und beruflicher Qualifikation. Erst dann sind – jenseits der reinen Ersatzbeschaffung – Investitionen in Maschinen und Menschen lohnend, die bei gegebenem Arbeitseinsatz die Menge, Qualität oder Vielfalt der produzierten Waren und Dienstleistungen und damit die Wertschöpfung erhöhen. In einer Marktwirtschaft entsteht dieses Wissen natürlich dezentral, also durch das Zusammenwirken einer riesigen Zahl von Unternehmen, die in ihren Forschungsabteilungen oder auch nur durch Erfahrung mit Kunden und Produktionsprozessen dazulernen. Dieses Lernen zu verhindern ist nicht sinnvoll – und wahrscheinlich sogar unmöglich, denn die Menschen lassen sich nur schwer davon abbringen, innovativ zu sein. Genau darin liegt ja die Faszination der Freiheit und die Kreativität des Kapitalismus, wie sie uns beispielhaft

der jüngst verstorbene Apple-Chef Steve Jobs vorgelebt hat. In diesem Sinn ist es eigentlich völlig unvernünftig, grundsätzlich gegen Wachstum zu sein.

Nun schießt die Wachstumskritik ihre Pfeile vor allem auf eine bestimmte Art von Wachstum, nämlich das „quantitative“ Wachstum, also auf jene Nutzung von neuem Wissen, die nur dazu führt, dass immer mehr vom Gleichen produziert wird. Gerade diese Art von Wachstum gehört aber in hoch entwickelten Industrienationen längst der Vergangenheit an. Denn hier besteht der Großteil der Zunahme der Wertschöpfung aus Verbesserungen der Qualität und Vielfalt der Güterwelt bis hin zur Entwicklung ganz neuer Produkte: von der Schreibmaschine zum Personal Computer und dem i-Pad, vom Festnetztelefon zum Handy und dem i-Phone, vom Auto mit hohem zum Auto mit niedrigem Kraftstoffverbrauch und vielleicht bald zum leistungsstarken Elektromobil. Genau dies meinte Joseph A. Schumpeter, als er das Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung als „schöpferische Zerstörung“ beschrieb. Dass sich dieses qualitative Wachstum statistisch als quantitatives darstellt, liegt einzig an der Zweidimensionalität des Zahlenwerks, das wir verwenden. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gibt es eben nur Veränderungen von Mengen und Preisen, so dass eine Verbesserung der Qualität in eine Mengenerhöhung - eben reales Wachstum und nicht Preisinflation – umgerechnet wird.

Wir leben also in Deutschland längst in einer Welt des qualitativen Wachstums. Auch dieses ist allerdings mit dem Verzehr von Ressourcen verbunden, sei es nun der Abbau von Rohstoffen oder die Verschlechterung des Zustands der Umwelt und des Klimas. Und genau hier setzt die Wachstumskritik wieder ein: Der Verbrauch dieser Ressourcen, so die Kritik, geht nicht stark genug in die Berechnung mit ein. Vor allem Umwelt- und Klimaschäden sind ohne Preis; ihre Kosten werden deshalb in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht sichtbar. Es geht – im Jargon der Ökonomen – um negative externe Effekte, eine Art Abschreibung auf einen natürlichen Kapitalbestand, den wir leider mit unseren gängigen Instrumenten nicht erfassen.

Soweit, so richtig. Allerdings gilt es, sehr genau zwischen nationalen und globalen externen Effekten zu unterscheiden. Was die nationale Ebene betrifft, hat es in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl von regulierenden Maßnahmen gegeben. Die Folgen sind zu besichtigen: Die Qualität der Luft in den Großstädten und des Wassers in

den Flüssen hat hierzulande einen langjährigen Höchststand erreicht. Und die Kosten des Vermeidens von Luft- und Wasserverunreinigung gehen durchaus in die betriebswirtschaftlichen Kalkulationen der Unternehmen mit ein. Sie sind zu großen Teilen „internalisiert“. Es mag an der ein oder anderen Stelle weiteren Regulierungsbedarf geben, aber die Fortschritte sind massiv und unübersehbar.

Der Grund dafür ist einfach. In vielen Industrienationen – und allemal in Deutschland – hat es in den letzten Jahrzehnten einen Wandel der gesellschaftlichen Prioritäten gegeben: Die Menschen messen mit zunehmendem Wohlstand der Umwelt und Natur in ihrer näheren und weiteren Umgebung einen viel größeren Wert bei als früher. Und insofern sind sie auch bereit, dafür mehr zu zahlen – sei es über höhere Preise für materielle Produkte, sei es über höhere Steuern für staatlich finanzierten Umweltschutz, in jedem Fall über ein niedrigeres BIP und damit Einkommen pro Kopf, als es gemessen würde, gäbe es den Umweltschutz nicht. Das Wachstum selbst sorgt für eine zunehmende Präferenz für eine hohe Umweltqualität, und die schafft die nötige Bereitschaft zur Finanzierung von Schutzmaßnahmen, zumindest auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Die Umwelt erhält also schließlich doch ein angemessenes politisches Preisschild.

Viel schwieriger ist die Lage auf globaler Ebene wie etwa beim Klimaschutz. Hier geht es um externe Effekte von weltweitem Ausmaß, denn es ist egal, wo und von wem ein Treibhausgas in die Atmosphäre emittiert wird. Entscheidend für den Klimaschaden ist allein die Menge, die im globalen Depot der Atmosphäre landet. Solange es kein weltweites Abkommen gibt, das den Ausstoß verteuert und damit reduziert, bleibt ein Umweltschaden jenseits des gemessenen BIP. Ein solches Abkommen kann, was Ökonomen empfehlen, Emissionen mit Steuern belegen oder als (teure) Rechte handelbar machen; oder es kann, was Ökonomen weniger schätzen, durch Gebote und Verbote bürokratische Hemmnisse errichten. Sind die Eingriffe „richtig“ bemessen, kommt es tatsächlich zu einer perfekten Lösung mit einem verlässlichen Maß für Wohlstand und Wachstum. Der Streit über die richtige Bemessung ist dabei allerdings hochpolitisch. Denn es geht um Werte, die eben nicht im Markt ablesbar sind, sondern letztlich im Diskurs ermittelt und staatlich gesetzt werden müssen.

Genau an dieser Stelle liegt heutzutage das zentrale ungelöste Problem. Es kann nicht überraschen, dass es auf globaler Ebene extrem schwierig ist, sich auf eine „richtige“ Bemessung zu einigen. Zu unterschiedlich sind derzeit noch die wirtschaftlichen Ausgangslagen der beteiligten Nationen und die damit verbundenen Prioritäten der Beurteilung. So gibt es eine Reihe großer, schnell wachsender Entwicklungsländer, die im internationalen Vergleich heute noch so arm sind, dass ihre Bewohner die Schäden der fernen Zukunft relativ gering veranschlagen im Vergleich zu den materiellen Wohlstandsgewinnen der kommenden Jahrzehnte. Sie sind – anders als wir – vorerst nicht bereit, substantielle Abstriche von diesen Gewinnen hinzunehmen. Dies ist aus ihrer Sicht absolut nachvollziehbar. Und da allein mit Brasilien, China, Indien und Indonesien fast die Hälfte der Weltbevölkerung in diesen Ländern leben, wird ohne deren Teilnahme der Weg zum Klimaschutz unmöglich sein, völlig unabhängig davon, was Deutschland als vergleichsweise kleine Nation unternimmt.

Es wird deshalb in den nächsten Jahren wohl kaum einen globalen Durchbruch in der Klimapolitik geben. Erst wenn die Bevölkerung in den wirklich großen Entwicklungsländern der Welt ein neues Niveau des Umweltbewusstseins erreicht, so wie es in Deutschland in den 1970er und frühen 1980er Jahren geschah, kann sich dies ändern. Vielleicht wird dies beim derzeitigen Tempo des wirtschaftlichen Aufholens schon in den 2030er Jahren der Fall sein. Im historischen Vergleich wäre dies übrigens keineswegs langsam, gerade mal rund zwei Generationen (60 Jahre) nach Deutschland, das seit seiner Industrialisierung (ab etwa 1850) mindestens vier Generationen dazu brauchte. Wachstum und Wandel sind eben heute in den „newly emerging market economies“ viel schneller als zu früheren Zeiten in den Pionierländern Europas und Nordamerikas. Das gibt Hoffnung, verlangt aber auch ein wenig Geduld.

Für die Messung von Wohlstand und Wachstum bleibt deshalb auf absehbare Zeit ein ungelöstes Erfassungsproblem. Denn wir wissen um die Existenz der globalen externen Effekte, aber wir haben kein Instrument, um sie über Preise in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einzuschleusen. Dies gilt übrigens nicht nur für die *negativen* Wirkungen des Wachstums, sondern auch für die *positiven*. So ist es zum Beispiel typisch, dass Wirtschaftswachstum im Zuge der Urbanisierung für eine Verbesserung der Bildung sorgt und damit die kognitive Leistungsfähigkeit, die soziale

Stabilität und sogar die Bereitschaft zum Umweltschutz der künftigen Generationen fördert. Auch dies bleibt in Maßen des BIP unberücksichtigt. Tatsächlich sind Wirtschaftswachstum und -entwicklung letztlich nichts anderes als Prozesse der tief greifenden „Umwertung der Werte“ (Nietzsche) - mit Rückwirkungen, die weit über das Wirtschaftliche und aktuell Messbare hinausgehen.

Genau aus diesen Gründen würde eine umfassende Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ohnehin in willkürlichen Setzungen enden. „Lieber präzise falsch als vage richtig“, so mag man in Anlehnung an den kritischen Rationalismus eines Karl Popper die Lage beschreiben. Tatsächlich gab es ja in den 1970er Jahren bereits ambitionierte Versuche, das BIP in Richtung von Outputgrößen zu erweitern, die eben nicht im Markt sichtbar bewertet werden, zum Beispiel den Wert der Freizeit und des Ehrenamtes. Diese Konzepte konnten sich nie durchsetzen, und zwar aus gutem Grund: Sie sind kaum noch sinnvoll interpretierbar, weil sie notwendigerweise auf einer Fülle von Annahmen zur Bewertung beruhen, über die sich endlos streiten lässt. Wenn heute von einer Verbreiterung der Maße für Wohlstand und Wachstum die Rede ist, sollte deshalb nicht mehr das Ziel sein, das traditionelle BIP durch ein umfassenderes Wohlfahrtsmaß zu ersetzen. Stattdessen sollte es allein darum gehen, jenseits des BIP bestimmte Größen der Realität zu erfassen, die wichtige Teilaspekte des gesellschaftlichen Lebens in den Blick nehmen: Bildung, Gesundheit, Lebensqualität, Finanzmarktstabilität, Einkommensverteilung, Umweltqualität und manches andere mehr.

Genau diese Philosophie beherrscht die jüngsten Versuche, zu einem breiteren Begriff von Wohlstand zu kommen. Eine erste Wegmarke hat dabei die sogenannte Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission gesetzt. Im Auftrag der französischen Regierung entwickelte eine internationale Expertengruppe von Wissenschaftlern einige heuristische Ansätze, um den Begriff des Wohlstands auf eine breitere Grundlage zu stellen, als sie die rein wirtschaftlichen Maße liefern. Der im September 2009 vorgelegte Abschlussbericht der Kommission liefert das, was inzwischen als „dashboard“-Methodik bezeichnet wird: Eine Reihe von Messgrößen soll, wie die Informationen eines Armaturenbretts, den (politischen) Fahrer permanent über den Zustand und die Entwicklung der Daten des Autos und der Fahrt informieren. Erst dadurch wird dem Fahrer

die Möglichkeit gegeben, durch Änderung der Fahrweise eine gewünschte Datenänderung zu initiieren und zu kontrollieren.

Der Grundgedanke des Armaturenbretts ist überaus nützlich. Er wurde deshalb auch vom deutschen Sachverständigenrat gemeinsam mit dem französischen Conseil d'économie politique in einem gemeinsamen Gutachten aufgegriffen und in einzelnen Punkten weiterentwickelt. Das Gutachten erschien im Dezember 2010. Fast zeitgleich beschloss der Deutsche Bundestag die Einsetzung einer Enquete-Kommission zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Deren Bericht wird gegen Ende der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2013 vorliegen. Gemeinsam ist all diesen Initiativen vor allem eines: Fragen der Lebensqualität und der Nachhaltigkeit sollen stärker in den Blick kommen, als dies bisher der Fall war. Dabei geht es nicht um revolutionär Neues, denn auch bisher gab es schon entsprechende Initiativen, so etwa der „Human Development Index“ der Vereinten Nationen, der schon seit 1990 jährlich berechnet, veröffentlicht und global diskutiert wird. Es geht vor allem um eine methodische Systematisierung der Arbeit, die es in der Zukunft erleichtern soll, eine Art Frühwarnsystem für gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu erhalten.

In dieser Hinsicht stimmt allerdings gerade die Erfahrung mit dem „Human Development Index“ (HDI) durchaus nachdenklich. So stand Island in den Jahren 2007 und 2008 mit seinem nationalen HDI weltweit an der Spitze. Dies konnte damals nicht wirklich überraschen, denn das Land weist – zusammen mit seinem hohen BIP pro Kopf – in fast allen anderen Indikatoren der Lebensqualität von der Bildung über die Gesundheit bis zur Sozialfürsorge absolute Spitzenwerte auf. Die isländische Gesellschaft galt bis zu diesem Zeitpunkt als eine geradezu vorbildliche Kombination aus leistungsfähiger Wirtschaft und funktionierendem Wohlfahrtsstaat. Diese Position erwies sich allerdings als nicht nachhaltig, weil ein großer Teil der Wertschöpfung des Landes auf den tönernen Füßen eines überdimensionierten Bankensektors stand, der global überaus riskante Geschäfte tätigte. Als diese im Zuge der Weltfinanzkrise zusammenbrachen, war es auch um die Lebensqualität im Lande schlecht bestellt. Island rutschte deshalb in der globalen HDI-Rangliste von Platz 1 auf Platz 14 (2009) und Platz 17 (2010), liegt damit aber noch immer fast gleichauf mit Finnland und Dänemark, zwei Ländern mit ähnlichem Entwicklungsniveau, aber grundsoliden und ungefährdeten Finanzsystemen. Was noch schwerer wiegt: Die HDI-

Korrektur erfolgte *nach* dem Zusammenbruch des Bankensektors, nicht vorher. Von einem Frühindikator kann also nicht die Rede sein.

Hinter dem Fall Island steckt ein systematisches Problem. Rangmaße der Lebensqualität in den üblichen gesellschaftlichen Bereichen (z. B. Bildung, Gesundheit, Soziales) sind im internationalen Vergleich zwar nicht perfekt, aber doch stets hoch korreliert mit dem üblichen Ziffern des BIP pro Kopf. Sind nun beide Typen von Maßen durch eine wirtschaftliche Blase aufgebläht, liefern beide ein verzerrtes Bild. Der Grund ist einfach genug: Beides sind statische Größen, die nicht wirklich etwas Verlässliches darüber sagen, ob das erreichte Niveau in der Zukunft auf gesichertem Grund steht oder nicht. Will man dies wissen, führt kein Weg daran vorbei, das Konzept der Nachhaltigkeit praktisch umzusetzen, und zwar so, dass es einen prognostischen Gehalt hat – und nicht nur im Nachhinein eine Veränderung beschreibt.

Genau an dieser Stelle wird es aber extrem schwierig. Denn es geht dabei nicht nur darum, Größen außerhalb des Marktes ergänzend zur Marktbewertung heranzuziehen. Es geht vielmehr darum, Marktbewertungen selbst ganz grundsätzlich zu hinterfragen. Behauptet wird also, der Markt bewerte „systematisch falsch“ (und nicht nur „unvollständig“). So insinuiert ja bereits der Begriff „Blase“, dass es sich um überhöhte Bewertungen handelt, die korrigiert werden müssen – und zwar nicht wegen allfälliger externer Effekte wie bei der Umwelt, sondern weil der Markt sich selbst irrt. Es stellt sich dann natürlich sofort die Frage, wer wirklich klüger ist als der Markt. Immerhin ergaben vor der jüngsten Weltfinanzkrise selbst die Stress Tests des Internationalen Währungsfonds keineswegs ein klares Bild von einer bevorstehenden gefährlichen Überschuldungskrise. Und selbst heute herrscht weit verbreitete Unsicherheit über das, was nach der damaligen Krise (und in der jetzt noch laufenden!) als „richtige“ Bewertung zu gelten habe. Es ist eben überaus schwierig, verlässliche Maße für die Nachhaltigkeit von Vermögensbewertungen zu finden. Die beliebtesten Kandidaten dafür sind die Verschuldung und Nettokreditaufnahme des Staates. Allerdings haben die jüngsten Finanzkrisen – und allemal der Fall Island – gezeigt, dass es gerade auch die private Belastung des Kapitalmarkts war, die schließlich abrupte und massive Wertkorrekturen erzwang. Es gab eben ganz unterschiedliche nationale Falltypen: solche, bei denen die private Krise die öffentliche nach sich zog

wie etwa in Island, Irland und Estland, und solche, bei denen es eher umgekehrt war wie in Griechenland, Portugal und Ungarn.

Machen wir uns also nichts vor: Die Suche nach einem Armaturenbrett, das uns wirklich alles Wichtige früh und verlässlich anzeigt und das trotzdem schön handlich und übersichtlich bleibt, wird wahrscheinlich nicht zum Erfolg führen. Trotzdem lohnt sich die Suche. Sie ist Teil eines ständigen Trial-and-error-Prozesses, den eine offene Gesellschaft auf der Suche nach Orientierung durchläuft und der sie weiterbringt. Hinter den Schwierigkeiten steht dabei vielleicht sogar ein grundsätzliches Problem der Erkenntnis, nämlich die Grenze der Quantifizierbarkeit. Es gibt eben doch Tiefen der gesellschaftlichen Realität und der menschlichen Existenz, die sich jedem System von Indikatoren des Wohlstands, der Lebensqualität und vielleicht auch der Nachhaltigkeit entziehen. Und jeder Versuch, sie in Zahlen zu fassen, führt irgendwann in die Irre.

Vielleicht liefert die moderne Glücksforschung dafür ein besonders treffendes Beispiel. Sie hat gezeigt, dass zumindest ab einem bestimmten Pro-Kopf-Einkommen ein zusätzlicher Gewinn an materiellem Wohlstand kaum mehr etwas beiträgt zum Wohlbefinden oder Glücksgefühl der Menschen. Dieses Ergebnis ist umstritten, aber selbst wenn es die Welt richtig beschreiben sollte, stellt sich die Frage, was daraus folgt. So definiert die amerikanische Verfassung das Recht des Einzelnen zur „pursuit of happiness“, also zum Verfolgen des Glücks. Dieses Recht zu gewährleisten ist eine Aufgabe des Staates in einer freien Gesellschaft. Ob der Einzelne aber das Ziel auch erreicht, das kann der Staat eben nicht garantieren. Es ist seine politische Aufgabe, Chancen auf Wachstum und Wohlstand zu schaffen, aber nicht, das Glück zu erzwingen. Genau dies hat schon einmal ein Wirtschaftssystem versucht: die sozialistische Planwirtschaft. Sie ist kläglich daran gescheitert, und das ist erst wenige Jahre her.